

Chemiker, kennt ihr Prof. Carl Wurster? Fragen wir heute einen Chemiestudenten nach Carl Wurster, so wird uns meistens die Antwort zuteil: Nach ihm ist Wursters Rot benannt, ein Semicinon, das durch Oxydation von asymmetrischem Dimethyl-phenylendiamin in saurer Lösung entsteht. Viele schätzen ihn als einen guten Wissenschaftler, aber über seine politische Tätigkeit wissen sie so gut wie nichts. Wer ist aber nun dieser Mann?

Wieder am Schaltpult der Chemie-rüstungs-wirtschaft

Von Wolfgang König

Carl Wurster, geboren am 2. 12. 1900 in Stuttgart, begann seine Laufbahn bei den IG-Farben als Werkstudent. Als gelehriger Schüler seiner Herren arbeitete er sich Stufe um Stufe empor und wurde zu einem der führenden und einflussreichsten Köpfe des Konzernvorstandes der IG-Farben. Von 1938 bis 1945 war Carl Wurster Vorstandsmittglied der IG-Farben AG und Mitglied des Technischen Ausschusses sowie des Chemikalausschusses. Von 1940 bis 1943 war er Leiter der „Betriebsgemeinschaft Oberrhein“ der IG. Er führte den Vorsitz in der anorganischen Kommission und wurde Betriebsführer der Oppau- und Ludwigshafener Werke. Außerdem war er vielfaches Aufsichtsratsmitglied in anderen Unternehmen der IG-Farben.

Der Konzernvorstand billigte seine Vorschläge und handelte nach Wursters Plan. So wurden die polnischen Werke „Boruta“, „Wola“ und „Winnica“ demontiert und nach Deutschland transportiert. Diesen Anlagen folgte ein großer Strom von Ost- und Westpolen, um die Rüstungsmaschine in Gang zu halten. Für diesen Raub am Eigentum des polnischen Volkes wurde Wurster das Ritterkreuz und das Kriegsverdienstkreuz verliehen. Die Millionen, die die Konzerne den Faschisten am Anfang zukommen ließen, flossen jetzt zehn- und hundertfach in ihre eigenen Tresore zurück. 4 Milliarden RM waren der Profitt der IG-Farben unter dem Faschismus. Von 1938 bis 1943 schloß die IG-Farben 283 inländische und rund 300 ausländische Unternehmen.

Wieder im Glanze der alten Macht

Als 1945 das faschistische System unter den Schlägen der Alliierten zusammenbrach und die große Abrechnung mit den Kriegsverbrechern gehalten werden sollte, wurde Herr Wurster kein Härchen gekrümmt. Die amerikanischen Monopolisten ließen schützend ihre Hand über ihre deutschen Partner.

In einer Pressemeldung aus Nürnberg vom 26. 2. 1948 heißt es: „Die Anklagebehörde im Prozeß gegen die 23 IG-Direktoren behauptet in einem Schriftsatz an das Tribunal, die Verteidigung des Hauptchemikers der IG, Dr. Otto Ambros, habe vernachlässigt, daß mehrere Lastwagen mit belastenden Dokumenten besonders über die Verbindung der IG und Dr. Ambros mit Auschwitz vernichtet wurden.“

Angeklagt waren die Direktoren der IG wegen Planung, Vorbereitung, Beginn und Führung von Angriffskriegen und Einfließen in andere Länder; Plünderung und Raub;



Verklavung und Massenmord; Mitgliedschaft in der SS; gemeinsamer Planung und Verschwörung.

Carl Wurster wurde freigesprochen. Die Höchststrafen erhielten der Giftgaspezialist Ambros und der Auschwitz-Direktor Dürrfeld. Beide wurden zu je 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Die meisten Angeklagten haben aber ihre Strafe nicht abgebußt, sondern saßen nach wenigen Jahren schon wieder in ihren Direktorensesseln. Das war die Gegenleistung dafür, daß die IG-Farben den amerikanischen Chemierüstern eine große Zahl von Patenten zur weiteren Ausbeutung überließ. Heute regiert Carl Wurster wieder zusammen mit den anderen Angeklagten, wie ter Meer, Schmitz, Schnitzler, Gajewski, Schneider, Ambros, Büttlich, Dürrfeld, Gattineau u. a. die Nachfolgekonzerne der IG-Farben, die einen Staat im Staate der Bonner Neofaschisten darstellen. Wurster ist heute Vorsitzender des Vorstandes der BASF AG Ludwigshafen, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Duisburger Kuntzerhütte und Aufsichtsratsvorsitzender der Gewerkschaft Auguste Victoria in Marl. Ferner sitzt er im Aufsichtsrat der Degussa, einem der aggressivsten westdeutschen Konzerne, die wesentlich an der Atomrüstung beteiligt sind.

In der heutigen Konzernleitung ist Wurster verantwortlich für eine der drei großen Konzernsäulen, die „Betriebsgemeinschaft Ludwigshafen“. Er gehört mit zu den Hauptvertretern der westdeutschen Finanzoligarchie. So bekleidet er den Posten eines Aufsichtsrats der Deutschen Bank, in der auch der Finanzier Hitlers und Adenauers, Hermann Abs, tätig ist.

Solche Leute wie Wurster haben dabei heute noch viel gefährlichere Mittel in der Hand als ehemals. Die „Kernreaktorbau- und Finanzierungsgesellschaft“ in Karlsruhe wird von der IG mitkontrolliert. Im Atomforschungszentrum Jülich wird spaltbares Uran 235 in Kürze produziert werden (Atomombe Typ Hiroshima). In Karlsruhe entsteht ein Institut zur Gewinnung von Plutonium. Auf dem Gelände des atomaren Entwicklungszentrums der IG in Frankfurt-Griesheim wird eine Anlage zur Produktion von jährlich 150 t schweren Wasser gebaut, das entspricht fast vier Fünftel der gegenwärtigen USA-Produktion.

... aber trotzdem ein Ehrenmann

War Wurster schon von 1942 bis 1946 Mitglied des Ständigen Ausschusses der Deutschen Bunsengesellschaft, so wurde er von 1952 bis 1955 wieder in diese Funktion

berufen. 1952 ernannte ihn die Naturwissenschaftlich-Mathematische Fakultät der Universität Heidelberg in Würdigung seiner erfindungsreichen und technisch-wirtschaftlichen Beiträge auf dem Gebiete der Chemie zum Honorarprofessor. Im gleichen Jahr wurde er von der Universität Tübingen zum Dr. h. c. promoviert. 1954 verlieh ihm die Technische Hochschule München den Titel eines Dr.-Ing. E. h. Für seine Verdienste um die Unterstützung der Bonner Politik wurde Wurster von Adenauer mit dem „Großen Verdienstkreuz mit Stern“ dekoriert. Einen solchen Mann, der eng mit der Politik der westdeutschen Monopole und der Bonner Neofaschisten verbunden ist, widmen aber heute noch westdeutsche Wissenschaftler ihre Arbeiten. 1959 wurde Wurster Präsident der Gesellschaft Deutscher Chemiker (Westdeutschland) und 1960 Vizepräsident.

Das zeigt am deutlichsten den Charakter des westdeutschen Staates, der Kriegsverbrecher ehrt und aufrechte Patrioten wie den Chemiker Oskar Neumann verfolgt und einkerkt. Wenn das nationale Dokument einschätzt, daß sich gegenwärtig auf deutschem Boden zwei Staaten feindlich gegenüberstehen, dann nicht zuletzt deshalb, weil in Westdeutschland solche alte Monopolisten wie Wurster wieder am Schaltpult einer Chemierüstungswirtschaft sitzen, Menschen, die einen Hitler und einen Adenauer an die Macht geschoben haben und heute wieder dieselben Ziele wie damals verfolgen. Ihr größter Wunsch ist es, unsere volkseigenen Betriebe in der DDR wieder unter ihr Kommando zu bringen. Aber daraus wird nichts. Die Bourgeoisie hat den Anspruch auf die Führung der deutschen Nation endgültig verspielt. Auch die hochfliegenden Pläne der IG-Farben-Besse werden eines Tages in Westdeutschland zu Wasser werden.

Literatur:
Willi Kling: Kleine Geschichte der IG-Farben - der Großfabrikan des Todes. Tribüneverlag, Berlin 1957.
Informations- und Studienmaterialien der zentralen Forschungsstelle „Kampf der deutschen Arbeiter gegen die Konzerne und für den Sieg des Sozialismus“.
Zeitschrift für Elektrochemie, 1932, 1954, Angewandte Chemie, 1950, 1959.
Akten der Militärgerichtshöfe Nürnberg (Deutschland), Vereinigte Staaten gegen Krusch und Gen., Fall VI, Document No. No-4766, Office of chief counsel for war crimes.
Chem. Ing. Technik 33 (1959) 12.
P. Rammell: Die am Kräfte verlienen. Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1959.
SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS. Kongressverlag, Berlin 1956.

Geburtsheifer des Faschismus

Wurster gehörte mit zu den Monopolisten, die Hitler in den Sattel hobten und ihm durch ihre reichliche Unterstützung zur Macht verhalfen. Er wurde aktives Mitglied der NSDAP und der „Deutschen Arbeitsfront“. Als engster Mitarbeiter von Professor Krauch, der grauen Eminenz im „Reich der Götter“ der IG-Farben war Wurster führend tätig im „Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe im Vierjahresplan“, das von Oberst des Generalstabes Loeb geleitet wurde. Hier arbeitete Wurster in der Abteilung III, Forschung und Entwicklung.

Der sogenannte „Vierjahresplan“ war bezeichnend eine der geistigen Ausgeburt Görings zur Verwirklichung der faschistischen Devisen „Kanonen statt Butter“. In dieser Institution wurde der „Mob-Plan“ (Kriegsmobilisationsplan) für die deutsche Industrie vorbereitet, nach dem die gesamte Wirtschaft Deutschlands auf die Bedürfnisse eines faschistischen „Raubkrieges“ umgestellt wurde. Seine Anhängerschaft zum Faschismus bewies Wurster in seiner Funktion als Wehrwirtschaftsführer Hitlers. Auf diese Weise vereinte er die imperialistischen Monopolinteressen der IG-Farben mit denen des Hitlerfaschismus.

Händler des Todes

Als 1936 die IG-Farben, die Degussa und die Th-Goldschmidt-AG unter dem Decknamen Degesch (Deutsche Gesellschaft für Gaskriegsbekämpfung m. b. H.) in Frankfurt am Main eine Produktions- und Vertriebsgesellschaft für Giftgas gründeten, wurde Carl Wurster von den IG-Farben in den Vorstand dieser Gesellschaft berufen. Neben ihm saß im Vorstand Prof. Hering, der zusammen mit Schrader die Giftgasentwicklung der IG-Farben leitete und nach 1945 in Westdeutschland die Arbeitsgemeinschaft „Deutsche Höhere Schule“ gründete. Die Hauptproduktion der Degesch waren das T-Gas, Areginal, Tritox, Curtox, Tentox und Zyklo B. Mit dem Zyklo B wurden allein im Konzentrationslager Auschwitz, einem betriebseigenen KZ der IG-Farben, vom 1. Mai 1940 bis 1. Dezember 1943 2,5 Millionen Menschen von der SS vergast. 1942 betrug der Umsatz der Degesch 249 Millionen RM, bei Zyklo B betrug dabei die Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr 650 000 RM. Noch Beschlüssen an die SS-Führung liefen dabei alle Produktionsanlagen für Giftgas auf Hochniveau und waren maximal ausgelastet. An Herrn Wurster und seine Mitaktionäre wurden dafür im Jahre 1942 200 000 RM Dividende ausgeschüttet.

Räuber in Großformat

1939 überließen die Hitlerborden das besetzte Polen. Schon wenige Tage nach der Besetzung Polens durch die Hitlerarmee reiste Wurster als Sachverständiger in Begleitung eines Vertreters des Reichsausschusses für Wirtschaftsausschuss in das besetzte Gebiet. Von der Leitung des IG-Farben-Konzerns hatte er den Auftrag erhalten, einen Bericht über den Wert der polnischen chemischen Industrie abzufassen. Wurster machte der IG den Vorschlag, die polnischen Chemiebetriebe zu schließen und nach Deutschland zu verfrachten.

Eifriger Förderer der Korporationen

Korporationsstudenten waren es, die den Hamburger Altphilologen und Historiker Prof. Snell mit den Worten bedrohten: „Wer so undemokratisch ist, gegen die Mensuren aufzutreten, muß damit rechnen, daß man ihm eins aufs Maul schlägt.“ Prof. Snell hatte zusammen mit weiteren 14 westdeutschen Professoren eine Forderung nach Verbot der Mensur unterzeichnet.

Korporationsstudenten sangen während einer Burschenschaftstagung in Westfalen das „Deutschlandlied“ in der während der Nazizeit als Nationalhymne dienenden Fassung und richteten Droh- und Schimpfbriefe an den Allgemeinen Studentenausschuß der Dalheimer Universität, der es gewagt hätte, dagegen zu protestieren.

Korporationsstudenten fielen auf dem „Deutschen Burschenschaftstag 1962“ in Nürnberg einstimmig den Beschlüssen der nächsten drei Tagungen in den – wie sie meinen – bis dahin „hoffentlich schon befreiten deutschen Ost-, West- und Südgebieten“ abzuhalten.

Kein Wunder, wenn selbst eine westdeutsche Zeitung der „Kölnischer Stadtanzeiger“, kürzlich – allen Schrollen von einem neuen, demokratischen, gar nicht nationalistischen, gar nicht chauvinistischen Geistes in den Korporationen ins Gesicht schlagend – feststellen mußte, daß die Korporationen durch ihre „alten Herren“ im Geistigen der Kaiser- und Hitlerära schliefen.

Das Bild des Globke der Kriegsgesetze, des Verfeßters des bedingungslosen Gehorsams und der Abschreckung durch grandiose Todesstrafe, das Bild des Marburger Professors und

langjährigen Dekan Dr. Erich Schwinge rundet sich ab, wenn man seine Haltung zu dieser Avantgarde reaktionärer Geisteshaltung und Politik kennt, konkret gesprochen seine Haltung zu solchen, die im Januar 1961 in Marburg unsern Volkskammerpräsidenten Dr. Johannes Diekmann mit dem Ruf „Hängt ihn auf!“ und mit Steinwürfen empfangen.

Die „Akademischen Monatsblätter“, Zeitschrift des Kartellverbandes katholischer deutscher Studentenvereine (KV), berichten in ihrer Ausgabe vom November 1956 über einen Vortrag des damaligen Prorektors Schwinges, in dem dieser zum Thema „Hochschule und Korporationen“ sprach, namentlich an Hand seiner eigenen Tätigkeit als Rektor der Marburger Universität.

Zu dieser Zeit nahen sich die Korporationen zum Teil nach gewungen, im Hintergrund zu bleiben und Beschränkungen auf sich zu nehmen.

Die „Akademischen Monatsblätter“ berichten über die daran anknüpfenden Ausführungen Schwinges wie folgt:

„Bei der Übernahme des Rektorats war Professor Dr. Schwinge... überzeugt, daß es so nicht weitergehen könne. Bereits 14 Tage später nahm er Führung mit den Korporationen auf... In Anwesenheit der Asta-Vorsitzenden fand eine Aussprache mit je drei Vertretern aller farbentragenden Korporationen statt... Auf ihr erklärte sich der Rektor zunächst dahin, daß seiner Auffassung nach die Möglichkeit eines Verbots des Farbentragens nicht bestehe; statt dessen appelliere er an das Verantwortungsfühl der Korporationen.“

Das Ergebnis der Aussprache war ein „Gentleman-Agreement“, das in der Folgezeit von allen Beteiligten strikte eingehalten wurde.

Bei dieser ersten Initiative Schwinges zur Förderung der Korporationen blieb es nicht.

„Dieser ersten Fühlungnahme, die einen sehr positiven Eindruck hinterließ, folgte die Herstellung eines verstärkten Kontaktes, namentlich durch den Besuch zahlreicher Korporationsveranstaltungen an den Samstagsabenden.“

Alle Vorwürfe der Öffentlichkeit gegen die Korporationen aber – reaktionäre Einstellung, überholter Nationalismus usw. – glaubt er mit der Bezeichnung „Zerrbild“ hinwegwischen zu können, und er appellierte an den Lehrkörper der Universität, dieses „Zerrbild“ beseitigen zu helfen und den Korporationen Ansehen und Einfluß zu verschaffen.

Die mit den unwürdigen Traditionen der Geschichte der deutschen Universitäten beladenen Korporationen an der Marburger Universität wieder salonfähig zu machen, das also war eines der ersten Anliegen des Rektors Schwinge.

Schwinge möchte offenbar den Geist jener Marburger Korporationsstudenten wieder aufleben lassen, die im Jahre 1920 – beim Kapp-Putsch auf seiten der Reaktion stehend – in brutaler Weise 15 gefangenengenommene Arbeiter ermordeten.

Der 13. Januar 1961 in Marburg zeigte, daß dieser Geist, nicht zuletzt dank der eifrigen Förderung durch einen Schwinge, wieder da ist.

fakten

CSU lehnt Ehrung Leonhard Franks ab

Die CSU-Mehrheit des Würzburger Stadtrates hat einen Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, eine Straße nach Leonhard Frank zu benennen. Der in Würzburg geborene humanistische Schriftsteller und aufrechte Antifaschist, der 1961 in München starb, wäre am 4. September 90 Jahre alt geworden.

Die CSU „begründete“ ihre Ablehnung damit, daß der Dichter 1955 mit dem Nationalpreis der DDR und 1957 mit der Ehrendoktorwürde der Berliner Humboldt-Universität ausgezeichnet worden war. Die antifaschistische Einstellung des Dichters diene der Würzburger CSU-Mehrheit ebenfalls als „Argument“; durch seine Schilderung der Judenverfolgung in der Erzählung „Das Mädchen Ruth“ habe er die Bewohner der Stadt Würzburg „in Mitleid gebracht und diffamiert“. „Es richten Leute über Frank, die lieber nicht richten sollten“, kommentierte Stadtrat Hilpert (SPD) diese empörende Haltung.

Keine Mittel für Karies- und Mißbildungsforschung

Scharfe Kritik an der Finanzpolitik der Adenauer-Regierung wurde kürzlich auf der Jahreshauptversammlung der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ in Hannover geübt. Wie der im Auftrag des Bundesstudentenringes herausgegebene Studenteninformationsdienst mitteilt, mußten 1962 eine Reihe wichtiger medizinischer Vorhaben der Forschungsgemeinschaft, darunter solche von lebenswichtiger Bedeutung, wie die Karies- und Mißbildungsforschung, wegen nicht bewilligter Geldmittel zurückgestellt werden.

Der Informationsdienst weist darauf hin, daß es sich um einen Betrag von fünf Millionen D-Mark handelt, der dem „Rotstift“ des Bonner Finanzministeriums zum Opfer gefallen ist. Diese Summe liegt noch unter derjenigen, die Strauß für die Anschaffung eines einzigen Starfighter-Düsenjägers aufwendet, der 5,5 Millionen D-Mark kostet.

Unzufriedene westdeutsche Pädagogikstudenten

Gegen die Auswüchse der Konfessionalisierung in der Ausbildung an den pädagogischen Hochschulen einiger westdeutscher Bundesländer wandten sich Vertreter des Bundesverbandes der Pädagogikstudenten zum Abschluß der 4. Pädagogischen Hochschultage in Westberlin. Ein Vertreter Bayerns kritisierte die Zustände an einer Münchener Hochschule, „wo katholische und evangelische Studenten nach Konfessionen getrennt turnen müssen“. Wie DPA berichtete, sind die Studenten der Pädagogik generell mit ihrer Ausbildung unzufrieden. Sie fordern ein Studium mit wissenschaftlichem Charakter.

CDU verlangt Verbot eines Schulbuches von Prof. Riemek

Ein von Prof. Dr. Renate Riemek, Direktorin des DFU, mitverfaßtes Sozialkundebuch aus dem amtlichen Schulbuchkatalog zu streichen, hat die CDU-Fraktion im hessischen Landtag verlangt. Sie begründete ihren Verbotsantrag gegen das in hessischen Schulen benutzte Buch unter anderem damit, daß es in einer kartographischen Darstellung Hessens die angrenzende DDR auch als DDR bezeichnet.

Afro-asiatische Studenten in Westdeutschland isoliert

Eindeutig zugunsten der DDR fällt im Vergleich der Studienbedingungen für afro-asiatische Studenten in beiden deutschen Staaten aus, den die Bonner Studentenzeitschrift „Civis“ in ihrer Augustnummer anstellt. Obgleich die Zeitschrift in ihrer Analyse keineswegs auf die obligate antikommunistische Hetze verzichtet, kommt der Autor des Artikels doch zu folgenden Eingeständnis: „Überhaupt steht es in der Bundesrepublik mit der Betreuung der ausländischen Studenten nicht zum Besten. Anders als in Mitteldeutschland klagen die Afro-Asiaten hierzulande über Schwierigkeiten aller Art, die ihnen von den Kommunisten drüben aus dem Weg geräumt werden. Schon die leichten Immatrikulations- und sonstigen bürokratischen Formalitäten, gar nicht zu reden von dem Elend der „Budensuche“, empfindet der junge Ausländer mit oft nur mangelnden Deutschkenntnissen als schwer zu ertragende Belastung. Hinzu kommt das Unbehagen darüber, daß er in einer fremden Umgebung in einer Isolierung lebt, aus der ihn niemand zu befreien versucht.“

Heidelberger Studenten protestieren gegen Raumnot

Etwa 1000 Studenten, unter ihnen zahlreiche Ausländer, protestierten auf dem Universitätsplatz in Heidelberg gegen die wachsende Raumnot und den Mangel an Forschungsobjekten für die Vorkliniker an der Medizinischen Fakultät. Der Sprecher der Medizinstudenten erhielt starken Beifall, als er eine stärkere staatliche Hilfe verlangte. Er appellierte an alle Medizinstudenten der Bundesrepublik, die Forderungen der Heidelberger Studentenschaft zu unterstützen.

Wegen Heusinger-Dokumentation vor den Ausschuß

Der Chicagoer Verlag „Translation World Publishers“ ist von einem Untersuchungsausschuß des Komitees zur Untersuchung unamerikanischer Betätigung der Verletzung des berüchtigten McCarran-Gesetzes beschuldigt worden, weil er unter dem Titel „Beweise gegen Heusinger“ eine Dokumentensammlung über die Kriegsverbrechen des früheren Nazigenerals und jetzigen Vorsitzenden des ständigen NATO-Militärausschusses veröffentlichte. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses drohte damit, den Fall zur Anklageerhebung an das USA-Justizministerium zu verweisen.